

Hauptausgabe

Berner Zeitung
3001 Bern
031/ 330 33 33
<https://www.bernerzeitung.ch/>

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 31'198
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Seite: 5
Fläche: 72'411 mm²

Auftrag: 3007101
Themen-Nr.: 999.222

Referenz: 92058794
Ausschnitt Seite: 1/3

Bundespolitiker wollen mehr Kontrolle über den Bundesplatz

Nach Demos während der Session Zu viel Lärm während der Sessionen: Der Bund will mehr mitreden rund um das politische Zentrum der Schweiz.

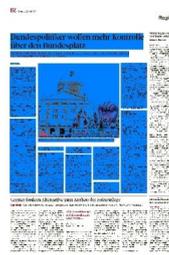


Störte viele Bundespolitiker: Feministischer Streiktag auf dem Bundesplatz im vergangenen Sommer trotz Session. Foto: Dres Hubacher

Hauptausgabe

Berner Zeitung
3001 Bern
031/ 330 33 33
https://www.bernerzeitung.ch/

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 31'198
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich



Seite: 5
Fläche: 72'411 mm²

Auftrag: 3007101
Themen-Nr.: 999.222

Referenz: 92058794
Ausschnitt Seite: 2/3

Carlo Senn

Für den öffentlichen Raum um das Bundeshaus ist mehrheitlich die Stadt Bern zuständig. Hier, im Umfeld des politischen Zentrums der Schweiz, reibt sich die linke Stadt mit dem eher bürgerlichen Parlament im Bundeshaus seit Jahren.

Ein neuer Vorstoss im Nationalrat zum Thema führt das wieder vor Augen: Er fordert, dass die Zusammenarbeit zwischen Bund, der Stadt Bern und dem Kanton Bern besser geregelt wird. Das Büro des Nationalrats ist der Meinung, dass die heutige Situation «unbefriedigend» sei. Denn heute könne die Stadt Bern «praktisch alleine über die Nutzung des öffentlichen Raums» rund um das Bundeshaus entscheiden. Der Bundesrat empfiehlt den Vorstoss zur Annahme.

Kleinere Kundgebungen seit 2021 erlaubt

Im Fokus des Vorstosses stehen insbesondere Kundgebungen und Demonstrationen während der Sessionen, die auf dem Bundesplatz stattfinden. Bei den Sessionen kommt das Milizparlament mehrmals im Jahr während drei Wochen zusammen.

Demonstrationen zu dieser Zeit waren seit 1925 verboten, allerdings sind kleinere Kundgebungen mit maximal 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmern seit 2021 erlaubt. Gemäss dem neuen Kundgebungsreglement kann der Berner Gemeinderat zudem grössere Veranstaltungen bewilligen. Diese dürfen den Parlamentsbetrieb jedoch nicht stören.

Die Stadt hat dies besonders in einem Fall recht grosszügig ausgelegt: So demonstrierten am feministischen Streiktag (früher Frauenstreik) Tausende

Personen auf dem Bundesplatz. Allerdings war gemäss Reto Nause auch «der Druck aus dem Parlament relativ gross gewesen», den Anlass zu bewilligen. Die Stadt forderte damals in den Auflagen einen «ruhigen Streik», was jedoch nicht klappte. Es hagelte besonders vonseiten der SVP Kritik.

Spielraum der Stadt zu gross?

Miteingereicht hat den aktuellen Vorstoss Maja Riniker (FDP). Auf Anfrage betont sie, dass man das Ziel verfolge, «den Dialog der involvierten Parteien zu fördern». Man möchte eine «eilvernehmliche Lösung» für den öffentlichen Raum rund um das Bundeshaus finden.

Gleichzeitig bestätigt Riniker, dass der Spielraum der Stadt bei der Bewilligung von Veranstaltungen und Kundgebungen derzeit «sehr breit» sei. Nicht nur bei Kundgebungen, sondern gerade auch bei grösseren kommerziellen Veranstaltungen sei es wegen des Lärms kaum möglich, im Bundeshaus noch Sitzungen abzuhalten.

Vorstoss Anfang Juni im Parlament

Der Stadtberner Sicherheitsdirektor Reto Nause (Mitte) ist dem Anliegen nicht abgeneigt. Offenbar ist er bereits einen Schritt voraus: Er habe sich zum Thema bereits mit dem amtierenden Bundeskanzler Viktor Rossi ausgetauscht, wie er auf Anfrage sagt. Bereits heute funktioniere der Austausch auf «operativer Ebene» zwischen den Institutionen jedoch sehr gut, sagt er. Mit dem Vorstoss würde der Austausch jedoch «formalisiert», was zu begrüessen sei.

Etwas verklausuliert steht im Vorstoss auch, dass die aktuelle Situation die Gewährleistung der Sicherheit von Personen und Gebäuden «erschwert». Dies sei absolut nicht der Fall, sagt Nause.

Nause sitzt mittlerweile selbst im Nationalrat und sagt, dass er den Vorstoss annehmen werde. Letzterer kommt am 5. Juni ins Parlament. Bei den Gesprächen über den öffentlichen Raum rund um den Bundesplatz fallen Nause gleich noch weitere Themen an, die er mit dem Bund klären möchte.

Ein Pop-up auf der Bundesterrasse?

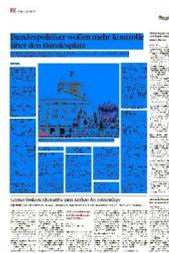
Da wäre beispielsweise die Sicherheit rund um den Bundesplatz: Derzeit wird der Perimeter bei Veranstaltungen mit mobilen Betonelementen abgesperrt. Künftig solle dies möglichst mit versenkbaren Pollern möglich sein: Daran hätten beide Seiten ein Interesse.

Im Vorstoss ist auch von Vandalismus die Rede. Dieser betreffe jedoch insbesondere die Bundesterrasse, sagt der Mitte-Politiker. Seine Idee dafür: Ein Pop-up installieren, um die Terrasse zu beleben. Ob sich das umsetzen lässt, ist jedoch unklar. Das Bundesamt für Bauten und Logistik zeigt derzeit eine ablehnende Haltung für den Vorschlag.

Die Dritte im Bunde, also die Kantonspolizei und damit die Sicherheitsdirektion des Kantons Bern, wollte sich auf Anfrage nicht zum Vorstoss äussern.

Klimademo auf dem Bundesplatz

Die versöhnlichen Töne vonseiten Nause sind wenig überraschend. Der aktuelle Vorstoss kommt vergleichsweise gemässigt daher. Scharf waren die Töne insbesondere während der



Hauptausgabe

Berner Zeitung
3001 Bern
031/ 330 33 33
<https://www.bernerzeitung.ch/>

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 31'198
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Seite: 5
Fläche: 72'411 mm²

Auftrag: 3007101
Themen-Nr.: 999.222

Referenz: 92058794
Ausschnitt Seite: 3/3

Guerilla-Aktion im Jahr 2020, als Klimaaktivistinnen den Bundesplatz in Beschlag nahmen und die Bundesstadt mitten in der Session in helle Aufregung versetzten.

Der SVP-Nationalrat Christian Imark wollte deshalb den Bundesrat beauftragen, mit der Stadt Verhandlungen zu führen, um den Platz zu kaufen. So wäre künftig der Bund für ähnliche Situationen zuständig gewesen. Im April kam sein Vorstoss in den Nationalrat, war dort allerdings chancenlos. Die Parlamentarier lehnten das Anliegen mit 123 zu 63 Stimmen ab.

Bei der linken Ratshälfte steht das Kundgebungsverbot allerdings schon seit vielen Jahren unter Beschuss. Es sei «demokratiepolitisch nicht haltbar» und sachlich nicht begründet. Bereits dreimal haben Nationalrätinnen versucht, das Verbot im nationalen Parlament zu kippen. Zuletzt 2020 die Bernerin Aline Trede (Grüne). Doch auf Bundesebene wurde das Anliegen stets abgelehnt.